

In dem Bloomberg-Artikel über Trumps "Cost plus 50"-Forderung stand vieles, was unsere Medien verschwiegen haben. Hier ist nicht nur das nachzulesen, sondern auch wie wir uns dagegen wehren können.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 035/19 – 22.03.19

Trump fordert einen riesigen Zuschlag von den Verbündeten, bei denen US-Truppen stationiert sind

Von Nick Wadhams und Jennifer Jacobs

Bloomberg, 08.03.19

(<https://www.bloomberg.com/news/articles/2019-03-08/trump-said-to-seek-huge-premium-from-allies-hosting-u-s-troops>)

Seit Jahren beklagt sich Präsident Donald Trump darüber, dass Staaten, die US-Truppen beherbergen, nicht genug dafür zahlen. Jetzt will er viel mehr Geld und sogar noch einen Zuschlag haben.

Auf Betreiben des Weißen Hauses fordert die US-Regierung von Deutschland, Japan und allen anderen Staaten, in denen US-Truppen stationiert sind, die vollen Stationierungskosten plus einen Zuschlag von 50 Prozent oder mehr für das Privileg, US-Truppen beherbergen zu dürfen; diese Information stammt von einem Dutzend Regierungsmitarbeitern und Leuten, die mit dieser Angelegenheit beschäftigt sind.

In einigen Fällen sollen Staaten, die US-Truppen beherbergen, nach der Formel "Cost Plus 50" (Volle Stationierungskosten plus 50 Prozent) fünf- bis sechsmal so viel wie bisher bezahlen.

Diese Idee verfolgt Trump seit Monaten. Sein Beharren darauf hat fast zum Scheitern der mit Südkorea laufenden Gespräche über den Status der 28.000 in diesem Land stationierten US-Soldaten geführt, weil Trump die US-Unterhändler mit einer Mitteilung an seinen Nationalen Sicherheitsberater Bolton überraschte, in der er forderte: "Wir wollen die Stationierungskosten plus 50 Prozent."

US-Offizielle versuchen mit der Bemerkung abzuwiegeln, die Aufforderung an die US-Verbündeten, mehr zu zahlen, sei nur eine von mehreren Überlegungen, die noch modifiziert werden könne. Aber schon in diesem frühen Stadium hat diese Forderung im Pentagon und im US-Außenministerium Schockwellen ausgelöst, weil dort befürchtet wird, dass sie von treuen US-Verbündeten in Asien und Europa, die ohnehin schon an Trumps Bündnistreue zweifeln, als total überzogener Affront aufgefasst werden könnte.

Victor Cha (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Victor_Cha), ein führender Berater am Center for Strategic and International Studies in Washington (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Center_for_Strategic_and_International_Studies), sagte, die Trump-Administration habe die "Cost plus 50" bewusst zuerst von Südkorea gefordert, obwohl sie damit rechnen musste, nicht gleich damit durchzukommen.

"Die Zusammenarbeit der Streitkräfte der USA und Südkoreas ist enger, als mit den Streitkräften aller anderen US-Verbündeten," stellte Cha fest. "Mit ihrer Forderung an einen verbündeten Frontstaat aus dem Kalten Krieg wollte die US-Regierung von Anfang an deut-

lich machen, dass sie bei der Finanzierung der Stationierungskosten einen Paradigmenwechsel (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/Paradigmenwechsel>) anstrebt."

Als problematisch könnte sich auch erweisen, dass Trump mit seiner Forderung in einigen Staaten eine Debatte darüber in Gang setzen könnte, ob der Verbleib von US-Stationierungstruppen überhaupt noch gewollt wird. Während einige Staaten wie Polen die Stationierung von US-Soldaten wünschen, beginnt sich in Deutschland und Japan Widerstand gegen die lange Anwesenheit der US-Truppen zu regen. Diese Kräfte würden vermutlich Zulauf erhalten, wenn sich Trumps Forderung als Ultimatum erweisen sollte.

"Was löst das aus?"

"Wer einen Stein umdreht, um zu sehen, was sich darunter befindet, muss mit Überraschungen rechnen," meinte MacKenzie Eaglen (s. <https://www.aei.org/scholar/mackenzie-eaglen/>), eine verteidigungspolitische Expertin des American Enterprise Institute. **"Es wird heftige innenpolitische Diskussionen um den Verbleib der US-Militärbasen (in den Stationierungsländern) geben, wenn diese Forderung aufrechterhalten wird."**

Trump erwägt die Idee, dass Staaten, in denen US-Truppen stationiert sind, die gesamten Stationierungskosten plus einen Zuschlag bezahlen sollen, seit seinem Amtsantritt. **Gordon Sondland** (s. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-will-hotelier-gordon-sondland-als-botschafter-zur-eu-schicken-a-1198498.html>), **der US-Botschafter bei der Europäischen Union, sagte, die betroffenen Staaten sollten endlich einsehen, "dass es um ihre Haut geht".**

"Der Präsident hat ein Problem mit Staaten, die mehr für ihren Schutz bezahlen könnten, es aber nicht tun, weil sie sich darauf verlassen, dass wir die Kosten dafür tragen," äußerte er in einem Interview.

Sondland lehnte es ab, mitzuteilen, welche Staaten er damit meinte, und wollte sich auch nicht zu Details der Forderung "Cost Plus 50" äußern.

Rabatt bei gutem Betragen?

Aktive und ehemalige Regierungsmitarbeiter, die mit der Umsetzung der Trump-Idee befasst waren oder sind und deshalb anonym bleiben wollten, sagten, die Planungen seien schon viel weiter fortgeschritten, als die Öffentlichkeit ahne. Die Trump-Regierung wolle nicht nur mehr Geld, sondern mit ihrer Forderung auch Druck auf verbündete Staaten ausüben, um sie willfähriger zu machen.

Den Beweis dafür sehen sie darin, dass Pentagon-Mitarbeiter ersucht wurden, zwei Berechnungsformeln zu erstellen: Mit einer soll berechnet werden, wie viel Geld von zahlungskräftigen Staaten wie Deutschland erwartet wird. Die zweite sieht Preisnachlässe für Staaten vor, die ihre Politik nach den Wünschen der Trump-Regierung ausrichten.

In die Planung einbezogen wurden auch US-Forderungen, die bisher nicht in Rechnung gestellt wurden: Übernommen werden sollen zum Beispiel die Sold-Zahlungen an die jeweils stationierten US-Soldaten (auch die Gehälter für die US-Zivilbeschäftigten?) und die Kosten, die anfallen, wenn Flugzeugträger oder U-Boote der U.S. Navy einen Hafen anlaufen.

"Damit wird nur eine weitere Straßensperre errichtet, ich begreife das nicht," sagte uns Eliot Engel (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Eliot_Engel), der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, als wir ihn am Freitag zu diesen Planungen befragten. Bei einem Treffen, das kürzlich in Brüssel stattgefunden habe, hätten Parlamentarier aus EU- und NATO-Partnerstaaten sich ohnehin besorgt über die in Frage gestellte Bündnistreue der USA gezeigt.

"Die Europäer wollten wissen, ob wir überhaupt noch ihr Verbündeter sein wollen?" fügte der demokratische Abgeordnete aus New York hinzu und ergänzte: "Sie sind total verwirrt."

Nach Aussage David Ochmaneks (s. unter https://www.rand.org/about/people/o/ochmanek_david.html), eines Experten der Rand Corporation (s. unter https://de.wikipedia.org/wiki/RAND_Corporation), **bezahlt Deutschland derzeit rund 28 Prozent der auf seinem Territorium anfallenden US-Stationierungskosten. Das seien etwa 1 Milliarde Dollar pro Jahr. Nach dem Plan "Cost Plus 50" würden die Zahlungen Deutschlands sprunghaft (auf rund 3,6+1,8 = 5,4 Milliarden Dollar pro Jahr) ansteigen, ebenso die Zahlungen Japans und Südkoreas.** (Weil die US-Streitkräfte für die überlassenen Bundesliegenschaften, auf denen sich die US-Militärbasen befinden, keine Pacht bezahlen und viele der aus dem NATO-Truppenstatut und dem Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut erwachsenden Kosten nicht in den zugegebenen US-Stationierungskosten enthalten sein dürften, bezahlen wir dafür vermutlich jetzt schon sehr viel mehr als 1 Milliarde Dollar pro Jahr – und das seit über 70 Jahren.)

Vertreter des Außen- und des Verteidigungsministeriums der USA wollten sich nicht zu "Cost Plus 50" äußern. Offizielle aus Japan, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten teilten mit, noch keine Zahlungsaufforderungen erhalten zu haben. **Ein Sprecher der deutschen Botschaft erklärte, es habe noch keine Gespräche gegeben.**

Den besten Deal aushandeln

Vertreter des National Security Council (abgekürzt NSC, s. https://de.wikipedia.org/wiki/United_States_National_Security_Council) – aus dem der Plan "Cost Plus 50" stammen soll – lehnten es ab, seine Existenz zu bestätigen oder zu dementieren.

"Die Aufforderung an unsere Verbündeten, ihre Investitionen in unsere gemeinsame Sicherheit zu erhöhen und die Last fairer zu teilen, ist ein langjähriges Anliegen der USA," erklärte NSC-Sprecher Garrett Marquis (s. <https://www.leadershipinstitute.org/training/contact.cfm?FacultyID=78311>). **"Die US-Regierung ist verpflichtet, den für die US-Bürger besten Deal auszuhandeln, wird sich aber nicht zu Überlegungen äußern, die noch nicht abgeschlossen sind."**

Der Streit über die Aufteilung der Kosten die bei der Stationierung von US-Truppen im Ausland anfallen, zieht sich schon Jahrzehnte hin. Washington und Tokio streiten sich zum Beispiel schon lange über die Anwesenheit von US-Truppen auf Okinawa. Der gegenwärtige Disput über den Plan "Cost Plus 50" geht aber tiefer: Es geht um eine Frage, die Stephen Bannon (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Stephen_Bannon), Trumps erster Chefstrategie, aufgeworfen hat: Wollen die USA Verbündete oder Protektorate?

Kritiker sind der Meinung, dass schon beim Stellen die Frage die Vorteile übersehen wurden, die den USA aus der Stationierung ihrer Truppen im Ausland erwachsen.

"Mit dieser Frage wird der falsche Eindruck erweckt, von unseren Basen im Ausland hätten nur die Gastgeberländer Vorteile," stellte Douglas Lute (s. <https://de.wikipedi>

dia.org/wiki/Douglas_Lute), ein früherer US-Botschafter bei der NATO, fest. **"In Wahrheit sind und bleiben unsere Soldaten und Basen in anderen Staaten, weil das in unserem Interesse ist."**

In Deutschland betreiben die US-Streitkräfte zum Beispiel wichtige Einrichtungen wie das Landstuhl Regional Medical Center und die Air Base Ramstein (Wichtige Infos über die US-Militärbasen in der Bundesrepublik Deutschland und ihre strategische Bedeutung sind aufzurufen unter http://fluglaerm-kl.de/dl/US-Basen_in_der_BRD_im_strategischen_Gesamtkonzept_der_USA.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20714_291214.pdf .) In Landstuhl befindet sich ein Weltklasse-Lazarett, in dem US-Soldaten behandelt werden, die im Irak oder an anderen Brennpunkten verwundet wurden.

In Deutschland befindet sich auch das Hauptquartier des U.S. Africa Command (abgekürzt AFRICOM in Stuttgart, das nicht in die NATO-Kommandostruktur integriert ist, also ausschließlich US-Interessen dient, s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP02213_210213.pdf). **Die Berechnung des deutschen Anteils an den Kosten für diese Basen wäre schwierig, weil sie nur begrenzt deutschen Interessen dienen.**

Mit Südkorea sollte im Oktober 2018 nur das jeweils fünf Jahre geltende Special Measures Agreement verlängert werden, das Trump mit seiner Forderung "Cost Plus 50" zunichte gemacht hat (s. <https://thediplomat.com/2019/01/the-us-south-korea-military-cost-sharing-agreement-has-expired-now-what/>). Die bereits vereinbarte Kostenübernahme war viel niedriger, und seine Geltungsdauer war um ein Jahr verkürzt worden – mit einer Verlängerungsoption um weitere vier Jahre.

"Es gibt viele Staaten, die sagen werden, ihr irrt euch gewaltig, wenn ihr glaubt, wir würden so viel Geld bezahlen?" gab Jim Townsend zu bedenken, der früher Staatssekretär im Pentagon war und auch für die NATO gearbeitet hat. **"Ich hoffe, dass sich kühlere Köpfe durchsetzen (und "Cost Plus 50" zurückziehen) werden."**

Margaret Talev, Richard Bravo, Nikos Chrysoloras, Isabel Reynolds, Patrick Donahue, Daniel Flatley und Anthony Capaccio haben zu diesem Artikel beigetragen.

(Wir haben den wichtigen Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern und Hervorhebungen versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir den Originaltext ab.)

Unser Kommentar

Diese maßlosen, erpresserischen Forderungen Trumps und seiner Hintermänner werden zusätzlich zu der von der NATO beschlossenen Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2 Prozent des BIP erhoben. Leider ist zu befürchten, dass die Regierung Merkel/Maas auch diese Forderungen – zumindest teilweise – erfüllen wird. Dann bliebe ein noch geringerer Anteil unserer Steuergelder für Sozialausgaben, Investitionen in die Bildung und das Gesundheitswesen und für dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen übrig.

Wenn wir das verhindern und nicht in einem atomaren Inferno verglühen wollen, wovor wir zuletzt in den unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP03319_180319.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_19/LP03419_200319.pdf aufzurufenden LUFTPOST-Ausgaben gewarnt haben, müssen möglichst viele Bewohner der Bundesrepublik Deutschland möglichst schnell aktiv werden.

Wir müssen den derzeitigen und künftigen Abgeordneten aller Parteien in den Parlamenten aller Ebenen, besonders aber denen des Bundestages, klarmachen, dass wir sie nicht oder nicht mehr wählen werden, wenn sie zulassen, dass wir und unser schönes Land immer stärker für "Verteidigungsausgaben" zahlen müssen, die völlig nutzlos sind, weil wir in einem bereits in Vorbereitung befindlichen Atomkrieg der USA und der NATO gegen Russland geopfert werden sollen.

Deshalb müssen wir gemeinsam und sofort eine Kampagne starten, in der wir die Bevölkerung über den Trumpschen Erpressungsversuch und die wachsende Gefahr eines Atomkrieges aufklären:

- durch persönliche Gespräche, Telefonate, E-Mails und über die sozialen Medien, im Familien-, Freundes- und Bekanntenkreis, in Schulen, Universitäten, am Arbeitsplatz, in Vereinen, Religionsgemeinschaften und Gewerkschaften,*
- über Leserbriefe, Flugblätter, Infostände, Mahnwachen, lokale, regionale und überregionale Proteste,*
- als engagierte Einzelpersonen, mit einigen Gleichgesinnten oder in bereits vor Ort bestehenden Friedensinitiativen, durch öffentliche Protestaktionen mit möglichst vielen Friedensfreunden aus einer Region und nach entsprechender Mobilisierung auch mit Demonstrationen in den Landeshauptstädten und in der Bundeshauptstadt Berlin,*
- auch gemeinsam mit parteiunabhängigen Bündnispartnern aus der leider immer noch nicht aufgewachten "organisierten" Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen.*

Wir müssen erreichen, dass der Deutsche Bundestag

- die Forderungen Trumps und jede weitere Erhöhung der so genannten "Verteidigungsausgaben" ablehnt,*
- die umgehende Kündigung des Vertrages über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland aus dem Jahr 1954 (s. https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/internatrecht/truppenstationierungsrecht-node#content_0) beschließt, damit in einem Zeitraum von nur zwei Jahren alle US-Basen in unserem Land geschlossen und alle Soldaten der USA und anderer NATO-Staaten aus der Bundesrepublik abgezogen werden,*
- den Austritt aus der Nato beschließt und die Bundesregierung beauftragt, diesen Beschluss der US-Regierung umgehend mitzuteilen, damit er nur ein Jahr später wirksam wird.*

Uns bleibt keine Zeit für langes Überlegen und Taktieren. Packen wir's sofort und gemeinsam an!

Bloomberg

Trump Seeks Huge Premium From Allies Hosting U.S. Troops

By Nick Wadhams and Jennifer Jacobs, 8. März 2019

For years, President Donald Trump has complained that countries hosting American troops aren't paying enough. Now he wants to get even, and then some.

Under White House direction, the administration is drawing up demands that Germany, Japan and eventually any other country hosting U.S. troops pay the full price of American soldiers deployed on their soil -- plus 50 percent or more for the privilege of hosting them, according to a dozen administration officials and people briefed on the matter.

In some cases, nations hosting American forces could be asked to pay five to six times as much as they do now under the "Cost Plus 50" formula.

Trump has championed the idea for months. His insistence on it almost derailed recent talks with South Korea over the status of 28,000 U.S. troops in the country when he overruled his negotiators with a note to National Security Adviser John Bolton saying, "We want cost plus 50."

Officials caution that the idea is one of many under consideration as the U.S. presses allies to pay more, and it may be toned down. Yet even at this early stage, it has sent shock waves through the departments of Defense and State, where officials fear it will be an especially large affront to stalwart U.S. allies in Asia and Europe already questioning the depth of Trump's commitment to them.

Victor Cha, a senior adviser at the Center for Strategic and International Studies in Washington, said the administration was sending a deliberate message by demanding "Cost Plus 50" from South Korea first, even though that effort fell short.

"We have a more integrated military with South Korea than with any other ally," Cha said. "To send this message to a front-line Cold War ally is trying to say very clearly that they want a paradigm shift with the way they do host-nation support."

Another concern is that the U.S. will fan ongoing debates in some countries about whether they even want U.S. troops. While some countries including Poland have openly advocated for U.S. troops, others like Germany and Japan have populations that have long resisted the American presence. Those forces would probably be energized if the U.S. gives what they see as an ultimatum.

'What Crawls Out'

"You start tipping over rocks and see what crawls out and you've got to be ready for it," said Mackenzie Eaglen, a defense policy expert at the American Enterprise Institute. "You're going to see domestic political debates wrapped around these military bases once you reopen the discussion."

Trump has been musing about the idea that countries should pay the full cost, plus a premium, since taking office. His ambassador to the European Union, Gordon Sondland, said it's all about making sure other countries have "skin in the game."

"If you have countries which clearly can afford to do it and are not doing it because they think we'll just step in and do it for them, the president has a problem with that," he said in an interview.

Sondland declined to say which countries would be targeted and wouldn't elaborate when asked specifically about the "Cost Plus 50" approach.

Good Behavior Discount

Current and former administration officials briefed on the idea, who asked not to be identi-

fied discussing the program, describe it as far more advanced than is publicly known. As well as seeking more money, the administration wants to use it as a way to exert leverage on countries to do what the U.S. demands overseas.

As evidence, they say officials at the Pentagon have been asked to calculate two formulas: One would determine how much money countries such as Germany ought to be asked to pay. The second would determine the discount those countries would get if their policies align closely with the U.S.

As part of the planning, the U.S. is also weighing whether to ask countries to pay for things they traditionally haven't covered, such as soldier salaries or the cost of port visits by aircraft carriers and submarines, according to the people.

"This is just another roadblock -- I don't get it," House Foreign Affairs Chairman Eliot Engel said when asked about the plan on Friday. He said EU and NATO partners aired their concerns about U.S. reliability during a recent meeting in Brussels.

"Their attitude was -- do you still want to be our ally?" the New York Democrat said. "They're confused."

Germany now pays about 28 percent of the costs of U.S. forces based there, or \$1 billion a year, according to David Ochmanek, a researcher at the Rand Corp. Under "Cost Plus 50," its payments would skyrocket, as would those of Japan and South Korea.

Officials at the State Department and Defense Department declined to comment. Officials with Japan, Qatar and the United Arab Emirates said they hadn't been approached. A German embassy spokesman said there was no discussion underway.

Best Deal'

At the National Security Council -- where officials say the idea originated -- officials declined to confirm or deny the proposal.

"Getting allies to increase their investment in our collective defense and ensure fairer burden-sharing has been a long-standing U.S. goal," NSC spokesman Garrett Marquis said. "The administration is committed to getting the best deal for the American people elsewhere too but will not comment on any ongoing deliberations regarding specific ideas."

Disputes over burden-sharing for U.S. troops deployed overseas date back decades. Washington and Tokyo have long clashed over the presence of U.S. forces on Okinawa, for example. But the current discussion about "Cost Plus 50" goes further. It echoes a theme often championed by former White House adviser Stephen Bannon that the U.S. wants "allies, not protectorates."

Critics argue that the demand also misreads the benefits that overseas troop deployments bring to the U.S.

"Even raising this question feeds a misinformed narrative that these facilities are there for the benefits of those countries," said Douglas Lute, a former U.S. ambassador to the North Atlantic Treaty Organization. "The truth is they're there and we maintain them because they're in our interest."

In Germany, for instance, the U.S. relies on several crucial installations: the Landstuhl Regional Medical Center and the Ramstein Air Base. Landstuhl is a world-class medical faci-

lity that has provided emergency care to U.S. soldiers wounded in Iraq and other trouble spots.

Germany is also home to the headquarters of the U.S. Africa Command. Estimating how much Germany ought to pay for those bases, which serve so many other interests, would be complicated.

In South Korea's case, the two countries had a deal to renew their five-year Special Measures Agreement, only to see it scuttled by Trump's insistence on "Cost Plus 50" in October. The final increase agreed on was much more modest and its duration was shortened to one year, with the expectation of another fight to come.

"There are a lot of countries that would say you've got it absolutely wrong -- you think we're going to pay for this?" said Jim Townsend, a former deputy assistant secretary of defense who was a career Pentagon and NATO civil servant. "I hope cooler heads prevail."

With assistance by Margaret Talev, Richard Bravo, Nikos Chrysoloras, Isabel Reynolds, Patrick Donahue, Daniel Flatley, and Anthony Capaccio

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern